

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig und des Stadtrates zu Zwenkau befähigter bestimmtes Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Markranstädt, Pögnitz, Taucha und noch verschiedener Landgemeinden

**Bezugspreis** mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 1,80, für Selbstabholer 1,70 M. — Durch die Post bezogen 1,80 M. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 72208. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72208

**Inseratenpreise:** Die 10gepalt. Kolonelle 35 Pfg., Familiennachrichten von Privaten mit 50% Nachlaß. Stellenangebote 10gep. Kolonelle 25 Pfg., Kleine Anzeigen: Ueberschriftswort 20 Pfg., Textwort 10 Pfg., Reklameseite 2 M. Inserate v. auswärts: die 10gep. Kolonelle 40 Pfg., Reklameseite 2,25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Ueberspannt den Bogen nicht!

Länderregierungen gegen Papen-Kurs — Sturm im Reichsrat — Die kommenden Notverordnungen  
Aenderungen der Krisensteuer und Rentenkürzungen — Eisenbahnkatastrophe in Westfalen

### Warnung für die Papen-Regierung

#### Scharfe Zusammenstöße im Reichsrat

SWD. Am Sonnabendvormittag trafen die vereinigten Ausschüsse des Reichsrates zu einer Sitzung zusammen, in der sich der Chef des Kabinetts der Barone, Herr von Papen, den Reichsratsmitgliedern vorstellte. Ueber diese Sitzung ist der folgende nicht-legendre offizielle Bericht ausgeschrieben worden:

„Die Reichsregierung gab in der heutigen Sitzung der vereinigten Ausschüsse des Reichsrates Auskunft über den Reichshaushaltsplan des Reiches und über die Grundzüge der von ihr geplanten Notverordnung zur Sicherstellung der Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden, sowie zur Rettung der Sozialversicherung. Der Reichsminister der Finanzen und der Reichsarbeitsminister erläuterten und begründeten die Absichten der Reichsregierung. Im Anschluß an diese Ausführungen fand eine eingehende Aussprache statt, in der die Vertreter der Länder ihre Stellungnahme darlegten.“

In Wahrheit hat sich folgendes zugetragen. Der Reichskanzler wandte sich scharf gegen die süddeutsche Opposition, besonders scharf gegen die Rede des Staatsrates Schaeffer in München. Die Süddeutschen übten die Antwort nicht schuldig, es kam zu einer außerordentlich scharfen Auseinandersetzung, bis schließlich der bayrische Ministerpräsident Held den

#### Abbruch der Sitzung

und eine sofortige Besprechung des Reichskanzlers mit den Ministerpräsidenten forderte.

Die Sitzung wurde darauf unterbrochen und es fand eine vertrauliche Besprechung der Ministerpräsidenten mit dem Reichskanzler in der Reichskanzlei statt. In dieser Besprechung ist es allem Anschein nach noch weit scharfer hergegangen als in der Sitzung der Reichsratsausschüsse. Man kann als selbstverständlich annehmen, daß Preußen sich sehr energisch gegen die unzulässigen Eingriffe des Herrn von Papen verwehrt hat, aber es scheint, daß es durch das Auftreten der süddeutschen Vertreter der Aufgabe überhoben worden ist, so scharf vorzugehen, als es sonst gewollt oder gemußt hätte.

Es verlaute, daß es noch niemals zu so offenen und außerordentlich scharfen Auseinandersetzungen zwischen einem Reichskanzler und Ministerpräsidenten der Länder gekommen ist, wie bei dieser Auseinandersetzung der süddeutschen Ministerpräsidenten mit Herrn von Papen.

Staatsrat Schaeffer hat in seiner Münchener Rede zu den Vätern der Reichsregierung einen Reichskommissar in Preußen einzusetzen, das Wort geprägt: Er soll es nur wagen! Von diesem Wort ist nicht abgegangen worden, und die außerordentlich ersten Konsequenzen solcher verfassungswidrigen Pläne sind Herrn von Papen sehr deutlich zum Bewußtsein gebracht worden. Nach dieser Auseinandersetzung wird Herr von Papen einsehen müssen, daß er eine große geschäftliche Verantwortung auf sich nehmen würde, wenn er trotz der unabsehbaren Folgen einen Reichskommissar in Preußen einsetzen wollte. Man hat ohnehin schon das Gefühl, daß infolge des unglaublichen Dilettantismus des Kabinetts der Barone das Reich in allen Zügen trahlt!

Nach dieser vertraulichen Auseinandersetzung ging die sachliche Beratung in den Reichsratsausschüssen weiter. Bei der Besprechung über die Finanzlage nahm nach dem Reichsfinanzminister für die Länder zunächst der preussische Finanzminister Repper das Wort. Er erklärte die vor-

dadurch gelähmt werden, daß sie in der Einnahmestaltung eingeengt, ihnen aber Ausgaben auferlegt würden.

Eine differenzierte Behandlung der Länder durch Sonderzuweisungen an Einzelländer sei moralisch unhaltbar; das Reich kann sich das auch künftig nicht mehr leisten. Die Länder dürfen auch nicht in ihren Beziehungen zu den Gemeinden durch Eingriffe der Reichsregierung gehemmt werden. Die Reichsregierung müsse auf die handelspolitisch Einfluß nehmen. Intensivierung des Güterausstauschs sei erforderlich. Deutschland müsse aus der Abschuldrung heraus. Er bedauere, daß der Reichsarbeitsminister in der Frage der Arbeitslosigkeit über vorläufige Erwägungen nicht herausgekommen sei. In dieser Frage muß schnell etwas geschehen. Es entspreche der wirtschaftlichen Erfahrung, daß mit zunehmender Technisierung die Arbeitszeit zurückgehen müsse, und daß der Staat die Lösung dieses Problems, das sich in Krisen entwickele, in die Hand nehmen müsse.

Ebenso müsse die Arbeitsbeschaffung richtig angefaßt werden. Die Hauptfrage müsse dabei sein, daß Teile der Industriebeschäftigung, allmählich auf das Land gebracht werden müßten. Daher sollte die Reichsregierung die Sieblungspläne der alten Regierung möglichst schnell aufnehmen. Distanzierung von der Parteipolitik sei gut, dann aber von jeder Parteipolitik! Zusammenfassung der nationalen Kräfte sei gut, dann aber aller nationalen Kräfte. Nur dann könne sich der Erfolg einstellen, den die Länder der Reichsregierung als ihrer Repräsentanten wünschen.

Auch in der Sitzung der Reichsratsausschüsse am Nachmittag, die bis zum Abend dauerte, klang die erregte Stimmung noch nach, und es sind auch weiterhin noch sehr deutliche Worte gegen die Pläne des Kabinetts der Barone gefallen!

### Außenpolitik im Dunkel

Will die Regierung von Papen nicht von Pappe sein — eine Regierung von Gnaden der Nationalsozialisten ist sie zweifellos. Mögen Hitler und seine Kumpane auch Wert darauf legen, jetzt nicht aus dem dunklen Hintergrund in das grelle Licht der Verantwortlichkeit zu treten: für das, was die Regierung Schleicher-Gahl-Bapen tut, ist die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei voll verantwortlich. Zum ersten Male hat das Kommen eines neuen Reichskabinetts in ihrer Presse ein tiefes Aufatmen ausgelöst, und die Führer der „Arbeiter“-partei haben die Antrittserklärung der Regierungsausschusses der Militaristen, Sunler und Trüftkapitalisten mit schillernder Genugtuung zur Kenntnis genommen. Alles, was in den Wochen bis zum 31. Juli noch an tief einschneidenden, unerträglichen Maßnahmen auf sozialpolitischem Gebiete notverordnet werden wird, was sonst noch geschehen wird, um die politischen Freiheiten der deutschen Arbeiterschaft zu verkümmern — es kann nur geschehen, weil die um Hitler diesen erreaktionären Kabinett auf die Beine geholfen haben, und weil es von ihrer Tolerierung lebt! Man sehe nur nach Preußen, um sich zu überzeugen, wie vertraulich dort der nationalsozialistische Landtagspräsident mit dem abligen Reichskanzler zusammen spielt.

Eins ist nun recht auffällig: auf einem Gebiete der Politik, auf dem die Kreise um Schleicher, Gahl und Hitler lange Jahre hindurch den Kampf mit den größten und demagogischsten Schlagworten geführt haben, sind sie, die heute politisch Verantwortlichen, recht kleinlaut geworden: in der Außen-

## Proteste der Länderminister Eine deutliche Sprache

SWD Berlin, 13. Juni.

Der Reichspräsident empfing am Sonntagmittag in Gegenwart des Herrn von Papen die Ministerpräsidenten der süddeutschen Länder zu einer Aussprache über die Differenzen, die mit dem Regierungsantritt der Majibarone zwischen Reich und Ländern eingetreten sind. Die Unterredung, an der der bayrische Ministerpräsident Dr. Held, der württembergische Staatspräsident Bolz und der Reichspräsident von Baden, Schmitt, teilnahmen, dauerte fünf Viertelstunden. Ueber ihren Ausgang wurde ein nichtsjagen des Komunique verbreitet, in dem es heißt, daß die Aussprache das Verhältnis des Reiches zu den Ländern, den Finanzungleich, die Wirtschaftspolitik und eine Reihe von innerpolitischen Fragen berührte. Offiziös wird darüber hinaus mitgeteilt, daß die Gegensätze „weitgehend“ gemildert seien.

Im Verlauf der Besprechungen machte Herr von Papen wiederum eine außerordentlich unglückliche Figur. Die Vertreter der süddeutschen Länder nahmen kein Blatt vor den Mund und legten in aller Offenheit dar, was Herr von Papen in der kurzen Zeit seiner Tätigkeit als Reichskanzler fertiggebracht hat. Positive Erfolge hat er nicht aufzuweisen. Statt dessen aber ist das Volk von neuem von außerordentlichem Mißtrauen gegen die Reichsleitung erfüllt. Dieses Mißtrauen fühlte sich, wie insbesondere der bayrische Ministerpräsident Dr. Held ausführte, vor allem auf die bisherige Arbeit, in Preußen entgegen dem klaren Sinn der Verfassung einen Reichskommissar einzusetzen. Wenn man Derartiges in Bayern versuchen würde, so soll Dr. Held dem Vorstehenden des als Reichsregierung in Erscheinung tretenden Konsortiums der Majibarone erklärt haben,

so würde dieser Reichskommissar beim Betreten bayrischen Gebietes an der Grenze ohne weiteres verhaftet werden. Wir glauben, daß man derartige Gedanken nicht nur in Bayern, sondern auch in Preußen erweckt. Angesichts dieser entscheidenden Haltung hat die Regierung der Majibarone den ihr aus dem Braunen Hause erteilten Auftrag auf

Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen bis auf weiteres zurückgestellt.

Wahrscheinlich wird sie nie den Mut besitzen, einen Reichskommissar einzusetzen. Schon ein derartiger Versuch würde ihr schleht bekommen. In bezug auf die Berechtigung zur Einsetzung von Reichskommissaren besteht zwischen den süddeutschen Ländern und der gegenwärtigen geschäftsführenden preussischen Regierung vollkommene Uebereinkunft und für den Fall der feste Entschluß zur Solidarität.

#### Die bevorstehende Aufhebung des SA-Verbot

spielte im Lauf der Besprechungen ebenfalls eine Rolle. Vor allem wiesen die süddeutschen Ländervertreter darauf hin, daß das SA-Verbot seinerzeit vor allem von Süddeutschland gefordert wurde, und sich deshalb bei einem Wiederauftreten der SA die süddeutschen Bevölkerungsteile am schwersten beunruhigt fühlen würden. Der bayrische Ministerpräsident ließ zugleich keinen Zweifel darüber,

daß die SA in Bayern trotz der Aufhebung des Reichsverbots nicht wieder zugelassen werde, sondern verboten bleibe.

Von der Reichsregierung wurde erklärt, daß eine völlige Aufhebung des SA-Verbotes ohnehin nicht in Frage komme. Man beabsichtigt, durch die

Einführung einer Aufsicht über alle Jugendorganisationen der politischen Parteien auch über die SA eine tatsächliche Kontrolle auszuüben.

Schließlich wurden in der Besprechung noch wirtschaftliche Fragen besprochen. Sie galten insbesondere den feuerpolitischen und landwirtschaftlichen Verhältnissen Süddeutschlands.

### Deutschnationaler Dolchstoß

Die Ortsgruppe Stuttgart der Deutschnationalen Partei hat sich veranlaßt gesehen, dem württembergischen Staatspräsidenten Dr. Bolz in den Rücken zu fallen, indem sie ein Telegramm an den Reichspräsidenten v. Hindenburg richtete folgenden Wortlauts: „Staatspräsident Dr. Bolz ist lediglich geschäftsführender Staatspräsident auf Grund der Verfassung und nicht vom Vertrauen des württembergischen Volkes getragen. Herr Dr. Bolz kann deshalb nur als Vertreter des Zentrums betrachtet werden.“

Dieses Telegramm der Organisation einer Partei, die selbst an der geschäftsführenden württembergischen Regierung beteiligt ist, ist nicht nur eine ganz unbecifigte Anmaßung, sondern auch eine große sachliche Irreführung, denn das Staatsministerium als Ganzes hat die Rolle des Staatspräsidenten Dr. Bolz nach Berlin einmütig gebilligt, und im besonderen hat der deutschnationale Finanzminister Dr. Dehlinger sich selbst in der Richtung geäußert, daß das Programm der Reichsregierung in bezug auf das Verhältnis zu den Ländern einer Klärung und Ergänzung bedürfe. In einer Versammlung des Ortsvereins Stuttgart der Deutschnationalen Partei kam es wegen des Telegramms zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Dehlinger und Versammlungsteilnehmern. Die Auseinandersetzung dürfte zum Bruch zwischen Dehlinger und der Deutschnationalen Partei Stuttgarts führen.

### Das Wichtigste vom Sport

Die Handball-Kreismeisterschaft von Sachsen, die am 12. Juni in Dresden zum Austrag kam, errangen die Paunsdorfer. Das Ergebnis: Leipzig-Paunsdorf schlägt Dresden-Coschütz 12:5. Das Fußball-Städtespiel Leipzig—Chemnitz endete 2:2 (0:2). — SV Preußen-Leipzig gewann gegen Boldklubben Kopenhagen 5:0. — Gera—Leipzig-Land trennten sich, trotz besserem Könnens der Leipziger, 5:5.

behaltlosen Billigungen zu den grundsätzlichen Ausführungen des Reichsfinanzministers über die Notwendigkeit eines echten Haushaltsausgleichs und über die Zurückweisung aller Währungsexperimente. Eine exakte Währungsreform sei keine theoretische Frage, sondern einfach eine gebieterische praktische Forderung. Dazu gehöre aber der reale Haushaltsausgleich, den zu erzielen es im vitalen Interesse des Reiches keine Grenzen geben dürfe.

Die Länder dürften in ihrer finanziellen Verantwortung nicht